

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

– Drucksache 15/928 –

Bundesverkehrswegeplan und die darauf basierenden Ausbaugesetze noch vor der Sommerpause vorlegen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, dem Deutschen Bundestag die Nutzen-Kosten-Verhältnisse, die den im Referentenentwurf zum Bundesverkehrswegeplan 2003 enthaltenen Straßenbauprojekten zugrunde liegen, unverzüglich zu übermitteln. Auch solle die Bundesregierung den Bundesverkehrswegeplan und die Ausbauänderungsgesetze Schiene und Straße gemeinsam verabschieden und dem Parlament unverzüglich zuleiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/928 – abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2003

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Peter Hettlich
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Peter Hettlich

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/928 in seiner 46. Sitzung am 22. Mai 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag unter anderem beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, dem Deutschen Bundestag die Nutzen-Kosten-Verhältnisse, die den im Referentenentwurf zum Bundesverkehrswegeplan 2003 enthaltenen Straßenbauprojekten zugrunde liegen, unverzüglich zu übermitteln. Auch sollte die Bundesregierung den Bundesverkehrswegeplan und die Ausbauänderungsgesetze Schiene und Straße gemeinsam verabschieden und dem Parlament unverzüglich zuleiten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/928 in seiner 21. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und beschlossen, auf die Abgabe einer Stellungnahme zu verzichten.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/982 in seiner 21. Sitzung am 4. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag auf Drucksache 15/928 in seiner 14. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, der Antrag sei sachlich unbegründet, da er zu einem Zeitpunkt gestellt worden sei, zu dem die geplanten Zeitabläufe für das Beratungsverfahren des Bundesverkehrswegeplans 2003 bereits bekannt gewesen seien. Die Bundesregierung habe ein offenes Verfahren gewählt, bei dem die Öffentlichkeit frühzeitig über den jeweiligen Stand der Verhandlungen informiert worden sei und auch die Möglichkeit der Einflussnahme vor einer Befassung durch das Parlament gegeben war.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertrat die Auffassung, die Abgeordneten der Oppositionsfraktionen seien in dem Verfahren zur Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans bewusst nicht informiert worden. Sie verwies auf die im Antrag enthaltene Forderung, dass in der Beratungsunterlage auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis der einzelnen Projekte angegeben sein solle.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen habe frühzeitig und vollständig über den jeweiligen Stand des Entwurfs zum Bundesverkehrswegeplan informiert. Der Antrag gehe deshalb ins Leere.

Berlin, den 25. Juni 2003

Peter Hettlich
Berichtersteller

